

Umweltpolitik

Der Klimawandel ist das schwerwiegendste globale Problem, vor dem die Menschheit heute steht. Er lässt sich weder mit Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken noch mit Neubau von Kohlekraftwerken aufhalten. Uran ist eine begrenzte Ressource, dessen aufwendiger Abbau und Transport pro Kilowattstunde mehr Emissionen verursacht als regenerative Energien. Auch die Frage der Endlagerung des radioaktiven Abfalls ist weiterhin völlig ungeklärt.

Eine maßgebliche Maßnahme zum Schutz der Umwelt ist auch der Ausbau der Öffentlichen Personennahverkehrs. Ein kostenfreier, gut ausgebauter ÖPNV ist ein wichtiger Faktor zur Senkung der Emissionen. Um diese Ziele zu erreichen muss die Deutsche Bahn in öffentlicher Hand bleiben und darf nicht unter den Gewinndruck von privaten Investoren geraten.

Der Energiemix der Zukunft muss sich deshalb aus Geothermie, Solar, Wind (vor allem Offshore Anlagen), Wasser, Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zusammensetzen.

Obwohl der Klimawandel zurzeit in der öffentlichen Diskussion steht, greifen die Lösungsvorschläge zu kurz. Auf der Erde existieren nicht genug Ressourcen, um alle 6,6 Milliarden Menschen eine Lebensweise vergleichbar mit der in der westlichen Welt zu ermöglichen. Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik erfordert deshalb auch eine deutliche Senkung des Lebensstandards bei den Menschen in den westlichen Industrieländern.

Der Kapitalismus als ein System, das auf Ausbeutung und ungebremsten Konsum ausgerichtet, ist der Hintergrund der ökologischen Krise: Der Markt erforscht erst dann umweltschonende Verfahren oder spart bei gewissen Rohstoffen, wenn die Preise für gewisse Ressourcen steigen und somit die Gewinne der Konzerne sinken.

Die ökologische Frage muss deswegen gemeinsam mit der sozialen Frage gelöst werden.

Die Linksjugend [`solid] fordert deswegen:

- Beibehaltung des Atomausstieges in beschlossener Form, kein Neubau von AKWs oder Umschichtung von Restlaufzeiten
- Verbot des Neubaus von Kohlekraftwerken
- Einrichtung eines flächendeckenden und kostenlosen ÖPNV
- Vergesellschaftung der bereits privatisierten Anteile der Deutschen Bahn AG Holding und ihrer Tochtergesellschaften, Verlagerung des Güterverkehrs von LKW auf die Bahn, keine weitere Stilllegungen von Strecken
- flächendeckender Ausbau von Radwegen, Radbahnvernetzung fördern (Radinfrastruktur)
- Stopp der Werraversalzung
- Stopp des Baus der 380 kV Leitung durch Thüringer Wald, stattdessen Ausbau der dezentralen Energieversorgung
- Verbot von Patenten auf Organismen, Verbot des Anbaus gentechnischer veränderter Organismen in Thüringen
- Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten durch pauschale Legalisierung von weichen Drogen und streng ärztlicher überwachter Abgabe von harten Drogen
- Verbot der Verarbeitung von Raps, Mais und anderen Pflanzen zu Agrodiesel
- Förderung von Verfahren zur Steigerung der Energieeffizienz